

## Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe

Die Firma Schrott-Wetzel GmbH, Holländer Straße 42-50 in 68219 Mannheim, plant die Errichtung und Inbetriebnahme einer Strahlanlage auf ihrem Betriebsgelände Rheinkaistraße 21 in 68159 Mannheim, Flurstück-Nr. 2031/3.

Für die Änderung der Anlage beantragt die genannte Firma die Genehmigung nach § 4 i. V. m § 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. §§ 1 und 2 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG und der Nr. 8.11.2.1 und 8.12.1.1 des Anhangs 1 zu dieser Verordnung.

Die Öffentlichkeit ist nach Maßgabe des § 10 Abs. 3 und Abs. 4 BImSchG sowie den entsprechenden Vorschriften der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG sowie dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (PlanSiG) an dem Verfahren zu beteiligen.

Der Antrag, die Antragsunterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, welche dem Regierungspräsidium Karlsruhe rechtzeitig vor Beginn der Offenlage vorlagen, lagen vom 20. März 2023 bis einschließlich 19. April 2023 beim Regierungspräsidium Karlsruhe sowie der Stadt Mannheim während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Darüber hinaus konnten diese Unterlagen im Zeitraum vom 20. März 2023 bis 19. April 2023, unter

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/service/bekanntmachung/seiten/bekanntmachungen-bereich-umwelt-1-1/stadtkreis-mannheim/>

im Internet eingesehen werden.

Bis zum Ablauf der Einwendungsfrist am 19. Mai 2023 ging keine Einwendung beim Regierungspräsidium Karlsruhe ein. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in Ausübung des ihm zustehenden Ermessens beschlossen, **keinen Erörterungstermin** durchzuführen. Der für Dienstag, den 13. Juni 2023, ab 10:00 Uhr im Raum Haifa im Technischen Rathaus der Stadt Mannheim, Glücksteinallee 11, 68163 Mannheim anberaumte Erörterungstermin findet nicht statt.

Die Entscheidung über den Genehmigungsantrag wird im Staatsanzeiger und auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe öffentlich bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 01.06.2023

Regierungspräsidium Karlsruhe